

Statement

Elke Ronneberger, Bundesvorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland

„Die Pflegeversicherung steht vor dem Konkurs“

Diakonie Deutschland und DEVAP stellen Lösungen zur langfristigen Sicherung der Finanzierung der Pflegeversicherung vor

Montag, den 16.03.2026 um 9:15 Uhr (digital)

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Pflege in Deutschland grundsätzlich zu reformieren. Blicken wir auf die Herausforderungen, die im Bereich der Pflege aktuell bestehen, ist das auch dringend geboten: Immer mehr Menschen gelten als pflegebedürftig und nehmen Pflege in Anspruch. Zukünftig wird diese Zahl noch größer werden. Gleichzeitig steigen die Kosten immer weiter. Das aktuelle System der Pflegefinanzierung ist damit schon heute an seiner Belastungsgrenze.

Wir brauchen ein Finanzierungsmodell, das die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen entlastet und trotzdem gute Pflege ermöglicht. Wenn künftig weniger Erwerbstätige Beiträge zahlen, gerät das heutige Finanzierungssystem der Pflegeversicherung zunehmend unter Druck.

Was die Bundesregierung mit dem „Zukunftspakt Pflege“ bisher als Ergebnis ihrer Reformbemühungen vorgelegt hat, bleibt weit hinter dem zurück, was angesichts der aktuellen Lage notwendig ist. Der im Dezember veröffentlichte Bericht der Bund-Länder-Kommission „Zukunftspakt Pflege“ gibt weder Antworten auf die drängenden Fragen der Finanzierung noch auf die der Versorgungssicherheit in der Pflege. Es fehlt ein abgestimmtes Konzept, das sofort umgesetzt werden könnte. Stattdessen wurde eine Roadmap und fachliche Eckpunkte für eine nachhaltige Struktur- und Finanzierungsreform in der Pflegeversicherung veröffentlicht. Hierin werden zwar viele fachlich mögliche Maßnahmen und Ansätze beschrieben, aber es wurde keine umsetzbare Entscheidung getroffen. Auch die angekündigte Einigung im Bund-Länder-Austausch lässt weiter auf sich warten.

Das ist fatal vor dem Hintergrund, dass in diesen Wochen in den Ministerien über die Eckwerte des Bundeshaushalts 2027, der unter massiven Sparvorgaben steht, verhandelt wird. Wir befürchten, dass für die Pflege und ihre Reform deutlich zu wenig Ressourcen bereitgestellt werden. Wer aber mit dem Ziel antritt, die Pflege grundlegend zu reformieren, muss das auch auskömmlich finanzieren. Verpassen wir jetzt die Chance zum Handeln, werden sich die Probleme zusehends verschärfen. Es besteht die reale Gefahr, dass nicht mehr sichergestellt werden kann, dass auch zukünftige Generationen Pflege so erhalten, wie es nötig ist, um in Würde alt zu werden. Wir fordern die Bundesregierung und die Gesundheitsministerin auf, jetzt die richtigen Weichen zu stellen, um die Pflege in Zukunft verlässlich und qualitativ hochwertig aufzustellen.

Als evangelischer Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege setzt sich die Diakonie Deutschland nicht nur für die vielen Menschen ein, die in diakonischen Einrichtungen und von diakonischen Diensten Pflege erhalten, sondern hat auch die Träger im Blick, die jeden Tag für diese Menschen da sind.

Deshalb stellen wir heute unsere Forderungen an eine nachhaltige Reform der Pflegefinanzierung gemeinsam mit unserem Fachverband DEVAP vor:

Die soziale Pflegeversicherung hat 2025 mit einem leichten Plus abgeschlossen und dies wird auch für 2026 erwartet. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung. Die Finanzlage der sozialen Pflegeversicherung ist weiterhin besorgniserregend. Denn das Plus ist real ein Minus: Der positive Abschluss wurde nur aufgrund von Darlehen des Bundes erreicht. Dass führt zwar kurzfristig zu Stabilität, hat aber den Haken, dass die Pflegeversicherung dieses Darlehen nicht zurückzahlen können wird.

Warum: Hauptsächlich, weil der Ausgabenanstieg deutlicher höher ausfällt als der Einnahmenanstieg über die Beitragssätze.

Die dringend notwendigen politischen Entscheidungen zur Finanzlage der Pflegeversicherung müssen jetzt endlich getroffen werden. Angekündigt waren sie bereits für Februar. Spätestens wenn die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2027 Ende April vorgelegt werden, wird der Verhandlungsspielraum hierfür deutlich enger.

Um die soziale Pflegeversicherung finanziell zu stärken, das Niveau der Absicherung pflegebedürftiger Menschen zu halten, die Modernisierung der Leistungen zu ermöglichen und die demographisch bedingte Zunahme der Pflegebedürftigen in den kommenden fünfundzwanzig Jahren auffangen zu können, muss an erster Stelle die Einnahmebasis gestärkt werden.

Höhere Beiträge und zusätzliche Steuermittel werden nur dann akzeptiert, wenn gleichzeitig das Leistungsversprechen der sozialen Pflegeversicherung verlässlich gesichert bleibt. Die Menschen müssen weiterhin Vertrauen in die Sozialversicherung haben.

Deswegen schlagen wir folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Einkommensseite vor:

- 1. Die soziale Pflegeversicherung muss die, während der Corona-Pandemie aus Steuermitteln, verausgabten 5,9 Mrd. Euro vollständig zurückerhalten.**

Wir brauchen einen dauerhaften Steuerzuschuss für gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Hierzu zählen wir u.a. die Rentenversicherung für pflegende Angehörige und die Pflegeausbildung. Allein die Entlastung der Pflegeversicherung durch eine Steuerfinanzierung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige würde 2026 ca. 4,1 Mrd. Euro betragen.

Die Finanzierung der Ausbildungskosten in der Pflege stellt eine versicherungsfremde Leistung dar. Eine Übernahme durch Steuermittel würde die soziale Pflegeversicherung jährlich um etwa 1,4 Mrd. Euro entlasten.

- 2. Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf das Niveau der Versicherungspflichtgrenze.**

3. Einen Ausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung, um eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen beiden Systemen sicherzustellen.

4. Einbeziehung von anderen Einkommensarten in die Finanzierung der Pflegeversicherung.

Derzeit fließen in die Beitragsermittlung der sozialen Pflegeversicherung nur Einkommen aus Lohnarbeit ein. Einkünfte aus Kapitalanlagen sowie aus Vermietung und Verpachtung bleiben unberücksichtigt.

5. Weiterentwicklung des Pflegevorsorgefonds.

Bislang wird die soziale Pflegeversicherung weitestgehend über das Umlageverfahren finanziert, wobei die laufenden Beiträge der Versicherten unmittelbar zur Finanzierung der aktuellen Pflegeleistungen verwendet werden. Durch eine Weiterentwicklung des Pflegevorsorgefonds ließe sich die Beitragsentwicklung stabilisieren und die Pflegeversicherung besser auf den demografischen Wandel vorbereiten.

Die Pflegereform ist überfällig. Damit die soziale Pflegeversicherung dauerhaft tragfähig bleibt, müssen wir jetzt die Einnahmebasis stärken.

Vielen Dank!

Kontakt:

Elke Ronneberger, Bundesvorständin Sozialpolitik, Diakonie Deutschland,
Telefon 30 65211-1803; vorstand-sozial@diakonie.de